

Kap.4 Lebenswertes Niedersachsen – Vielfalt schafft Zusammenhalt

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 06.04.2022

Tagesordnungspunkt: 2.5. Kapitel IV - Lebenswertes Niedersachsen – Vielfalt schafft Zusammenhalt

Antragstext

1 Das Eintreten für eine lebendige Demokratie, eine vielfältige und offene
2 Gesellschaft sowie einen starken Rechtsstaat ist eine gesellschaftliche und
3 politische Kernaufgabe. Demokratie darf nicht als selbstverständlich hingenommen
4 und ihr Schutz nicht als bloße Privatsache ausschließlich in die Hände der
5 Zivilgesellschaft gelegt werden. Der Maßstab und Auftrag politischen Handelns
6 ist das universelle Versprechen des Grundgesetzes für Menschenwürde, Freiheit,
7 Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und Schutz vor Diskriminierung. Wir GRÜNEN
8 wollen in den kommenden Jahren für einen starken Rechtsstaat, ein Niedersachsen
9 der Teilhabe, der Integration, der Gleichstellung und der Vielfalt eintreten.

10 Niedersachsen weiterdenken – vielfältig und offen

11 Niedersachsen ist ein weltoffenes und vielfältiges Land, dass aktuell wie auch
12 schon 2015/2016 eine große Hilfsbereitschaft gegenüber Geflüchteten zeigt. Ein
13 weltoffenes und vielfältiges Niedersachsen bedeutet für uns, dass die
14 Menschenwürde für alle Menschen gilt, unabhängig von ihrer Herkunft, und dass
15 wir Menschen dementsprechend begegnen. Es bedeutet, ihnen so schnell wie möglich
16 die Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Und es bedeutet, dass in einer
17 Gesellschaft, die ethnisch, sprachlich und kulturell vielfältiger wird,
18 öffentliche Institutionen diese Vielfalt widerspiegeln und alle Menschen die
19 gleichen Teilhabechancen erhalten.

20 Ein Zusammenleben in Vielfalt kann aber nur durch kontinuierliches Engagement
21 erreicht werden. Viele wichtige Angebote zu gesellschaftlicher, wirtschaftlicher
22 und politischer Teilhabe, die vor allem auf GRÜNES Betreiben hin geschaffen
23 worden waren, hat die rot-schwarze Landesregierung jedoch in den letzten Jahren
24 auslaufen lassen. Diese fehlen jetzt und müssen schnellstmöglich wieder auf- und
25 ausgebaut werden. Nur so können wir den vielen Menschen aus der Ukraine, aber
26 auch denen, die aus anderen Regionen vor Krieg, Gewalt und Terror zu uns
27 flüchten, eine echte Perspektive bieten.

28 Niedersachsen als sicherer Hafen

29 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen stehen dafür, dass Niedersachsen ein
30 sicherer Hafen für Menschen ist, die vor Not, Gewalt, Krieg und Vertreibung zu
31 uns fliehen. SPD und CDU haben das unter rot-grün geschaffene
32 Landesaufnahmeprogramm auslaufen lassen – das wollen wir wieder neu aufleben
33 lassen. Wir unterstützen Kreise und kreisfreie Städte, die über ihre Kontingente
34 hinaus Geflüchtete aufnehmen wollen. Im Bundesrat treten wir dafür ein, den
35 Paragraphen 23 des Aufenthaltsgesetzes so zu ändern, dass Bundesländer eigene
36 Aufnahmeprogramme selbstständig und ohne Zustimmung durch das
37 Bundesinnenministerium beschließen können.

38 Wir setzen uns für eine zügige dezentrale Unterbringung neu angekommener
39 Geflüchteter und den schnellstmöglichen Zugang zu Beratungs- und
40 Integrationsangeboten (vor allem Sprachkursen) ein. Alle Geflüchteten sollen
41 möglichst bald nach ihrer Ankunft ein erstes Orientierungsangebot bekommen (z.
42 B. Wegweiserkurse). Den Ablauf von der Ankunft bis zur Unterbringung in den
43 Kommunen wollen wir durch ein integriertes Aufnahmemanagement verbessern. Die
44 Aufenthaltsdauer in Erstaufnahmeeinrichtungen soll drei Monate nicht
45 überschreiten. Dabei legen wir hohe Mindeststandards für die Unterbringung in
46 Geflüchtetenunterkünften fest, die unabhängig überprüft werden (Heim-TÜV). Einen
47 besonders hohen Stellenwert hat dabei für uns die Sicherstellung des
48 Schulbesuchs von Kindern und Jugendlichen.

49 Die besonderen Bedürfnisse von allein fliehenden Frauen, Familien mit Kindern
50 und LSBTIQ-Personen sowie Menschen mit Behinderung müssen dabei berücksichtigt
51 werden. Die Asylverfahrensberatung werden wir an allen Standorten durchgängig
52 sicherstellen. Sie soll neutral und unabhängig durch freie Trägerorganisationen
53 durchgeführt werden. Die ehrenamtliche Geflüchtetenarbeit wollen wir besser
54 unterstützen. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) werden wir durch
55 verbindliche, am Kindeswohl orientierte Aufnahmerichtlinien besser schützen.
56 Maßstab ist hierbei für uns das Jugendhilferecht. Grundsätzlich setzen wir uns
57 für einen gleichberechtigten Zugang geflüchteter Kinder und Jugendlicher zum
58 Kinder- und Jugendhilfesystem ein. Fragwürdige Verfahren der behördlichen
59 „Altersfestsetzung“ lehnen wir ab und wollen nach dem Grundsatz „Im Zweifel für
60 das Kindeswohl“ handeln. Eine Abschiebung junger Menschen im Geltungsbereich des
61 Jugendhilferechts lehnen wir ab. Die Möglichkeiten zum nachträglichen Erwerb
62 eines Schulabschlusses für junge Geflüchtete bis 25 Jahre werden wir deutlich
63 verbessern. Wir treten dafür ein, dass Geflüchtete die Regelschule besuchen.

64 Die Versorgung von traumatisierten und psychisch erkrankten Geflüchteten werden
65 wir deutlich verbessern. Alle Migrant*innen sollen unabhängig von ihrem
66 Aufenthaltsstatus einen diskriminierungsfreien Zugang zu medizinischer
67 Versorgung erhalten – etwa durch die Gesundheitskarte für alle. Für
68 illegalisierte Migrant*innen schaffen wir geschützte Möglichkeiten, ohne Angst
69 vor Abschiebung medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen – zum Beispiel nach dem
70 bereits gut erprobten Modell Anonyme Krankenscheine. Die gesundheitliche
71 Aufklärung werden wir verbessern. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine
72 Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes ein, um Geflüchteten den
73 gleichberechtigten Zugang zu den regulären Unterstützungsangeboten des
74 Sozialstaates zu ermöglichen. Zur Unterstützung queerer Geflüchteter wollen wir
75 öffentliche Stellen gezielt sensibilisieren und besondere Angebote schaffen.

76 Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten lehnen wir ab. Eine unfreiwillige
77 Rückführung oder Abschiebung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus muss die
78 Ausnahme sein und bedarf in jedem Fall einer umfassenden Einzelfallprüfung.
79 Dabei kommt in der Abwägung den Folgen für Familienangehörige besonderes Gewicht
80 zu. Eine Abschiebung ist auszuschließen, wenn Gewalt oder unzumutbare
81 Lebensumstände drohen, z. B. durch bewaffnete Konflikte im Land. Wir setzen uns
82 für einen generellen Abschiebestopp in Kriegs- und Krisengebiete ein.
83 Abschiebehaft ist aus unserer Sicht in aller Regel kein verhältnismäßiges Mittel
84 zur Durchsetzung einer Ausreisepflicht. Ihre Beantragung soll allenfalls in
85 definierten Ausnahmefällen mit Zustimmung der zuständigen Landesbehörde möglich
86 sein. Alternativen sind zwingend zu prüfen. Die Beratung zur freiwilligen
87 Rückkehr wollen wir in die unabhängigen Hände freier Trägerorganisationen geben.

88 Teilhabe und Integration als Daueraufgabe

89 Niedersachsen ist ein Einwanderungsland. Die Menschen, die hierherkommen,
90 bereichern Niedersachsen auf vielfältige Weise und tragen nicht nur zum
91 wirtschaftlichen Wohlstand, sondern auch zum kulturellen Reichtum des Landes
92 bei. CDU und SPD haben mit ihrer Politik gezeigt, dass sie die Chancen des
93 Einwanderungslandes Niedersachsen nicht verstanden haben und kaum etwas dafür
94 getan haben, sie zu nutzen. Die Ausländerbehörden wollen wir zu
95 Willkommensbehörden weiterentwickeln, die eng mit den zivilgesellschaftlichen
96 Einrichtungen der Migrationsarbeit kooperieren. Mit einem neuen Gesetz für
97 Integration und Teilhabe sichern wir den Zugang zu Bildung, Ausbildung,
98 Beschäftigung und politischer Mitbestimmung in der Einwanderungsgesellschaft.
99 Darüber hinaus legen wir ein neues Handlungsprogramm Teilhabe auf, um für alle
100 Zielgruppen einen besseren Zugang zu Integrationsangeboten zu schaffen,
101 insbesondere zu Sprachkursen. Vielerorts muss hierzu das Angebot ausgeweitet und
102 die Finanzierung gesichert werden. Migrant*innenselbstorganisationen –
103 insbesondere von Jugendlichen – wollen wir besser unterstützen.

104 Wir starten eine Einbürgerungskampagne, um mehr Menschen den Erwerb der
105 deutschen Staatsbürgerschaft zu ermöglichen. Über Bundestag und Bundesrat setzen
106 wir uns dafür ein, Einbürgerungen weiter zu erleichtern. Wir setzen uns darüber
107 hinaus für eine Wahlrechtsreform ein, die allen Menschen unabhängig von ihrer
108 Staatsangehörigkeit das kommunale Wahlrecht einräumt, wenn sie seit mindesten
109 drei Jahren hier leben.

110 Kettenduldungen wollen wir in Niedersachsen beenden und Menschen, die zum Teil
111 seit vielen Jahren ohne gesicherten Aufenthaltsstatus bei uns leben, einen Weg
112 zu einem dauerhaften Bleiberecht eröffnen. Hierfür schöpfen wir die
113 Ermessensspielräume des bestehenden Aufenthaltsrechts aus (z. B. Stärkung der
114 Härtefallkommission) und setzen uns auf Bundesebene für eine Liberalisierung des
115 Aufenthaltsgesetzes ein. Wir unterstützen das Grundsatzbekenntnis der neuen
116 Bundesregierung zum humanitären Bleiberecht und unterstützen die zügige
117 Umsetzung. Projekte wie Wege ins Bleiberecht wollen wir weiterentwickeln, um
118 Menschen auf dem Weg zu einem gesicherten Aufenthaltsstatus weiter zu
119 unterstützen.

120 In Vielfalt zusammenleben

121 Wir wollen unsere öffentlichen Einrichtungen, die Bildungseinrichtungen und die
122 Polizei fit machen für die vielfältige Gesellschaft. Bei Polizei und
123 Sicherheitsbehörden bedeutet eine interkulturelle Öffnung auch, dass manche
124 Vorgehensweise kritisch hinterfragt und die Aus- und Weiterbildung angepasst
125 werden muss (vgl. Starker Rechtsstaat). Für unsere Bildungseinrichtungen wollen
126 wir gezielt Lehrer*innen und Erzieher*innen mit Migrationsgeschichte gewinnen,
127 dort zusätzliche Angebote für muttersprachlichen Unterricht schaffen – zum
128 Beispiel auch in mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern – und das
129 Fremdsprachenangebot an Schulen ausweiten. Für Lehrer*innen und Erzieher*innen
130 brauchen wir mehr Fortbildungsangebote zur Förderung der Diversity- Kompetenz.
131 Die Behandlung der Kolonialgeschichte und Rassismuskritik wollen wir stärker in
132 den Lehrplänen verankern und Lehrbücher entsprechend überarbeiten (vgl.
133 Niedersachsen macht Schule). Wir fördern gezielt eine Kultur der
134 gesellschaftlichen Vielfalt. Dazu schaffen wir ein Landesprogramm für die
135 Wertschätzung einer Kultur der Vielfalt, in dessen Rahmen beispielsweise

136 Diversity-Schulungen für Verwaltungsmitarbeiter*innen stattfinden (vgl. Ein
137 Staat, der funktioniert).

138 Den interreligiösen Dialog wollen wir weiter fördern. Wir streben einen Vertrag
139 mit den islamischen Glaubensgemeinschaften an, um beispielsweise
140 Religionsunterricht, Imam-ausbildung und Seelsorge auf eine neue Grundlage zu
141 stellen. Minderheitensprachen wie Romanes wollen wir gezielt fördern. Mit den
142 Dachverbänden der Sinti und Roma streben wir eine dauerhafte Anerkennung und
143 Förderung auf vertraglicher Grundlage an. Die Mittelkürzungen von
144 Förderprogrammen für zivilgesellschaftliche Vereine wie die der Sinti*innen und
145 Rom*nja werden wir wieder zurücknehmen.

146 Wir verbessern die Lebensbedingungen von Arbeitsmigrant*innen, die heute zum
147 Teil unter unzumutbaren Bedingungen beispielsweise in Schlachthöfen beschäftigt
148 werden. Hierzu werden wir Mindeststandards definieren, Kontrollen ausweiten und
149 Strukturen des organisierten Menschenhandels mit den Mitteln des Rechtsstaates
150 systematisch bekämpfen (vgl. Gute Arbeit in Niedersachsen, Sozial und ökologisch
151 bauen und wohnen). In vielen Ländern der Welt werden elementare Menschenrechte
152 missachtet. Die Regierungen dieser Länder gehen oftmals gezielt gegen die
153 Menschen vor, die sich in besonderer Weise für die Einhaltung der Menschenrechte
154 dort einsetzen. In solchen Fällen kann es notwendig sein, dass diese
155 Menschenrechtsaktivist*innen (MRV) für einen begrenzten Zeitraum außer Landes
156 gehen, um einer akuten Bedrohungssituation zu entgehen und neue Kräfte zu
157 sammeln. Wir wollen erreichen, dass Niedersachsen ähnlich wie z. B. Nordrhein-
158 Westfalen ein entsprechendes Schutzprogramm für MRV und politisch Verfolgte
159 einrichtet. Im Rahmen eines Stipendiums für einzelne MRV soll es möglich werden,
160 deren Auszeit in Niedersachsen für einen begrenzten Zeitraum zu sichern.
161 Niedersachsen kann damit einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Menschenrechte
162 weltweit leisten.

163 **Demokratischer Rechtsstaat Niedersachsen**

164 Ein demokratischer Rechtsstaat braucht eine moderne Polizei und eine starke
165 Justiz, die für alle Bürger*innen gleichermaßen zugänglich ist. Sicherheit, die
166 Freiheit von Angst und Gewalt, ist eine unverzichtbare Voraussetzung einer
167 offenen Gesellschaft. Niedersachsens Polizei und Justiz stehen vor großen
168 Herausforderungen. Wir GRÜNEN haben bis 2018 wichtige Reformen auf den Weg
169 gebracht, um Niedersachsens Polizei und Justiz zukunftsfähig zu machen. An diese
170 werden wir anknüpfen und verlorene Zeit aufholen.

171 **Moderne Polizeiarbeit im liberalen Rechtsstaat**

172 Unsere Polizei leistet täglich wichtige Arbeit für die Sicherheit aller
173 Niedersächs*innen. Wir GRÜNEN wollen, dass die Personalausstattung, die
174 Ausbildung, die Organisation und die Ausstattung mit Einsatzmitteln und
175 (digitaler) Infrastruktur unserer Polizei den aktuellen Anforderungen und
176 gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Polizeiarbeit entsprechen. Diese haben
177 sich in den letzten Jahren stark gewandelt – nicht immer haben Ausbildung und
178 Ausstattung mit den Entwicklungen Schritt gehalten. Zu oft wurden
179 Eingriffsrechte ausgeweitet, wo es vor allem erforderlich gewesen wäre, die
180 Polizei für ihre neuen Aufgaben angemessen auszustatten und auszubilden. Zu
181 diesem Zweck rufen wir eine Strukturkommission Moderne Polizeiarbeit ins Leben,
182 die konkrete Empfehlungen erarbeitet.

183 Im Zuge der Modernisierung werden wir auch die rechtlichen Grundlagen der
184 Polizeiarbeit überarbeiten, insbesondere das stark kritisierte Niedersächsische
185 Polizeigesetz. Besonders kritisch sehen wir GRÜNEN die Ermöglichung eines
186 Unterbindungsgewahrsams von bis zu 35 Tagen, die Ausweitung des Einsatzes von
187 Tasern und den Einsatz von Bodycams in seiner jetzigen Form. Wir werden
188 überprüfen, ob sich die ausgeweiteten Kompetenzen als wirksam erwiesen haben,
189 eine Neubewertung ihrer Verhältnismäßigkeit durchführen und die
190 Eingriffsbefugnisse der Polizei wieder am Maß des tatsächlich Erforderlichen
191 ausrichten. Für zukünftige Reformen im Sicherheitsbereich streben wir einen
192 Wirksamkeits-Check an, um die Verhältnismäßigkeit von Reformen auf der Basis
193 konkreter Erfahrungen besser beurteilen und bei Bedarf nachsteuern zu können.

194 Wir wollen die Stelle eine*r unabhängigen, parlamentarisch bestimmten
195 Polizeibeauftragte*n schaffen, die*der die Belange der Polizist*innen gegenüber
196 Regierung und Parlament ebenso vertritt wie sie*er im Konfliktfall
197 Ansprechpartner*in für Bürger*innen sein kann. Polizist*innen sollen die
198 Möglichkeit erhalten, sich unabhängig von der dienstlichen Hierarchie an die*den
199 Polizeibeauftragte*n zu wenden. Mindestens einmal im Jahr soll die*der
200 Polizeibeauftragte einen öffentlichen Tätigkeitsbericht vorlegen. Die Stelle
201 muss personell ausreichend ausgestattet sein, um ihre vielfältigen Aufgaben
202 unabhängig – insbesondere gegenüber dem Innenministerium – wahrnehmen zu können.

203 Die Versammlungsfreiheit ist für uns ein hohes Gut. Deshalb verbessern wir den
204 Rechtsschutz insbesondere für Teilnehmer*innen von Demonstrationen und stärken
205 das Vertrauen in die rechtsstaatliche Arbeitsweise der Polizei. Wir führen eine
206 anonymisierte Kennzeichnung für Bereitschaftspolizist*innen ein, die eine
207 nachträgliche Identifikation von Beamt*innen erleichtert und zugleich ihrem
208 legitimen Bedürfnis nach Persönlichkeitsschutz Rechnung trägt.

209 Die EU-Datenschutz-Richtlinie für die Bereiche Justiz und Inneres werden wir
210 vollständig umsetzen. Für die Videoüberwachung im öffentlichen Raum schaffen wir
211 klare und transparente Regeln, um die Rechte jeder*s Einzelnen zu schützen.
212 Hierzu zählen für uns insbesondere ein öffentliches Videokataster und genau
213 festgeschriebene Zugangsvoraussetzungen für die Sicherheitsbehörden.

214 Wir wollen die Polizeiarbeit stärker auf einer wissenschaftlichen Grundlage
215 aufbauen und die kriminologische Forschung stärken. Im Zuge dessen streben wir
216 die Ergänzung der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) durch einen regelmäßigen
217 kriminologischen Sicherheitsbericht an, um die Perspektive auszuweiten und
218 Handlungsbedarfe früher und besser zu erkennen. Ein Fokus dieser
219 Sicherheitsberichterstattung sollen Delikte sein, die sich gegen besonders
220 verletzbare Personen richten und mutmaßlich vergleichsweise selten zur Anzeige
221 gebracht werden.

222 **Polizei in einer bunten Gesellschaft**

223 Unsere Polizist*innen sind in ihrer Arbeit häufig erheblichen Belastungen
224 ausgesetzt. Da die Niedersächsische Polizei personell nicht ausreichend
225 ausgestattet ist, schieben die Beamt*innen einen Überstundenberg von rund 1,5
226 Millionen Arbeitsstunden vor sich her. Dabei ist die Arbeit von Polizei und
227 Sicherheitsbehörden unerlässlich für den Bestand einer offenen Gesellschaft. Sie
228 sind jedoch auch selbst ein Abbild der Gesellschaft: Gruppenbezogene
229 Zuschreibungen und rassistische Stereotype existieren hier wie in den
230 allermeisten Organisationen und Institutionen. Aufgrund der speziellen Rolle der
231 Polizei ist dabei besondere Sensibilität gefragt. Kein anderes Organ ist in so

232 direkter Weise mit der Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols befasst. Für
233 menschenfeindliche Haltungen kann es in den Reihen der Polizei keinerlei
234 Toleranz geben. Dies vorzuleben, ist auch und vor allem Aufgabe der
235 Polizeiführung.

236 Wir setzen uns dafür ein, dass die polizeiliche Praxis kontinuierlich durch die
237 Wissenschaft begleitet und kritisch untersucht wird. Die Politik braucht
238 frühzeitige und unabhängige Erkenntnisse über mögliche Fehlentwicklungen, zum
239 Beispiel beim Einsatz von unmittelbarem Zwang. In der Aus- und Weiterbildung von
240 Polizist*innen, insbesondere von Führungskräften, wollen wir einen Schwerpunkt
241 auf die Vermittlung von politischer Bildung, interkultureller und Diversity-
242 Kompetenz legen. Racial Profiling ist verboten. Bestimmte polizeiliche
243 Praktiken, etwa verdachtsunabhängige Kontrollen, müssen in der täglichen Arbeit
244 fortlaufend auch daraufhin kritisch reflektiert werden. Dies ist eine besondere
245 Herausforderung für polizeiliche Führungskräfte.

246 Rechtsextremismus darf innerhalb der Polizei keinen Platz haben. Mit den
247 Projekten Polizeischutz für die Demokratie und den Strategiepat*innen für
248 Demokratie verfügt die Polizei Niedersachsen über ein Netzwerk und Strukturen,
249 die entscheidende Beiträge leisten, um zu verhindern, dass sich
250 Rechtsextremismus in der Niedersächsischen Polizei flächendeckend ausbreiten
251 kann. Polizeiführung und -gewerkschaften zeigen eine klare Haltung gegen
252 Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit. Gerade deshalb sind die
253 Voraussetzungen in Niedersachsen günstig, mit einem umfassenden
254 Präventionskonzept die demokratische Resilienz der Polizei weiter zu stärken.

255 **Reform des Verfassungsschutzes in den Fokus nehmen**

256 Inlandsgeheimdienste wie der niedersächsische Verfassungsschutz stellen in einem
257 demokratischen Rechtsstaat stets eine Herausforderung dar, da sie sich
258 öffentlicher Kontrolle entziehen und nicht an die strikten rechtsstaatlichen
259 Verfahrensgrundsätze der Strafverfolgung gebunden sind. Die Ausweitung der
260 Kompetenzen des Verfassungsschutzes, die SPD und CDU 2021 beschlossen haben –
261 etwa den erleichterten Einsatz von V-Leuten oder die Beobachtung Minderjähriger
262 – lehnen wir ab. Zugleich erkennen wir an, dass der Staat auf eigene
263 Erkenntnisse über demokratiefeindliche, insbesondere rechtsextreme Strukturen
264 angewiesen ist.

265 Im Bewusstsein für den schwierigen Balanceakt zwischen Rechtsstaatlichkeit und
266 dem öffentlichen Interesse an Information, wollen wir GRÜNEN den Reformprozess
267 des Verfassungsschutzes fortsetzen, den wir in Regierungsverantwortung
268 eingeleitet haben. Dabei legen wir weiterhin besonderen Wert auf die
269 verfassungsrechtlich gebotene strikte Trennung von Polizei und Geheimdiensten
270 sowie die Begrenzung ihrer Eingriffsbefugnisse auf das erforderliche Maß. Den
271 Rechtsschutz für beobachtete Personen und die parlamentarische Kontrolle werden
272 wir stärken – auch durch eine bessere Vernetzung der jeweiligen Kontrollgremien
273 des Bundes und der Länder.

274 **Katastrophenschutz krisenfest machen**

275 Nicht zuletzt die Folgen des Klimawandels stellen neue Anforderungen an den
276 Katastrophenschutz. Extreme Wetterlagen, Überschwemmungen und Brände werden in
277 den kommenden Jahren zunehmen. Aber auch die neue Weltlage wie der Angriffskrieg
278 gegen die Ukraine macht eine Verstärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes
279 notwendig: moderne Alarmierungssysteme, eine Bevorratung mit Notfallmaterialien

280 und auch schnelle Hilfe in Kriegs- und Krisengebieten. Zugleich ist es gerade
281 der Katastrophenschutz, der stark von ehrenamtlichem Engagement getragen wird
282 und bei der Suche nach Nachwuchs durch den demographischen Wandel vor
283 Herausforderungen gestellt wird – beispielsweise bei der Feuerwehr. Wir GRÜNEN
284 halten darum zusätzliche massive Investitionen in den Katastrophenschutz für
285 erforderlich. Die Landesregierung aus SPD und CDU hat es hier in den letzten
286 Jahren versäumt, die erforderlichen Mittel zur Umsetzung der landesweiten
287 Katastrophenschutzstrategie bereitzustellen. Diese Vorsorgelücke müssen wir
288 schließen und neben Investitionen in Ausstattung und Material auch Strategien
289 für den vorbeugenden Katastrophenschutz fördern. Die Attraktivität des haupt-
290 und ehrenamtlichen Dienstes bei der Feuerwehr wollen wir verbessern und mehr
291 Frauen und Migrant*innen dafür gewinnen. Darüber hinaus wollen wir eine
292 Taskforce Moor- und Waldbrand einrichten und in Zusammenarbeit mit den Kommunen
293 und Feuerwehren ein niedersächsisches Waldbrandkonzept erarbeiten. Dabei
294 verfolgen wir die Strategie, durch den Umbau von Nadel- zu Mischwäldern und die
295 Wiedervernässung von Mooren diese widerstandsfähiger gegen Brände zu machen und
296 die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern.

297 **Zugänge zur Justiz vereinfachen – Digitalisierung stärken**

298 Wir GRÜNEN wollen den Zugang zum Recht vereinfachen. Wir bauen den Bürgerservice
299 an unseren Amtsgerichten aus und stärken die Beratungshilfe. Die Corona-Pandemie
300 hat die Defizite der Digitalisierung in der Justiz deutlich gemacht. Wir machen
301 das digitale Arbeiten sowohl im Sitzungssaal als auch im Büro zu einer
302 Selbstverständlichkeit. Dabei müssen höchste Sicherheitsstandards Anwendung
303 finden und klare Regelungen zum Schutz der Beschäftigten gelten. Auch der Zugang
304 zur Justiz für die Bürger*innen und die Gerichte muss digitaler werden. Bündnis
305 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen unterstützen das Ziel der neuen Bundesregierung,
306 Möglichkeiten zu schaffen, Verhandlungen online durchzuführen und
307 Kleinforderungen in bürgerfreundlichen digitalen Verfahren einfacher gerichtlich
308 durchzusetzen. Wir bauen dafür die digitale Kompetenz unserer Richter*innen aus,
309 statten die Gerichte mit angemessener Technik aus und intensivieren den Einsatz
310 bürgerfreundlicher Onlinemodule. Den Einsatz von modernen Instrumenten wie
311 Künstlicher Intelligenz (KI), Legal Tech und Algorithmenbasierten
312 Entscheidungsprozessen (ADM) in der Praxis bringen wir voran und begleiten die
313 regulative Ausgestaltung auf Bundes- und EU-Ebene kritisch. Insbesondere in
314 zukünftigen Massenverfahren – wie aktuell etwa beim Dieselabgasskandal – können
315 diese zu einer spürbaren Entlastung der Gerichte beitragen.

316 **Justiz entlasten und Fachkompetenzen bündeln**

317 Wir GRÜNEN machen Strafverfahren noch effektiver, schneller, moderner und
318 praxistauglicher, ohne die Rechte der Beschuldigten und deren Verteidigung zu
319 beschneiden. Bagatelldelikte wie etwa Cannabiskonsum zum Eigengebrauch,
320 Beförderungerschleichung und Containern müssen nicht mit dem Strafrecht
321 bekämpft werden. Hier unterstützen wir niedersächsischen GRÜNEN das Vorhaben der
322 Ampelkoalition im Bund, das Strafrecht kritisch zu überprüfen und zu
323 modernisieren. Ersatzfreiheitsstrafen sind unnötig kostenintensiv und sozial
324 ungerecht. Um sie zu vermeiden, stärken wir z. B. das Programm Schwitzen statt
325 sitzen, bei dem Ersatzfreiheitsstrafen durch gemeinnützige Arbeit abgewendet
326 werden können. Das entlastet die Polizei sowie Vollstreckungs- und
327 Vollzugsbehörden. Verbrechen darf sich nicht lohnen: Dort, wo mit Straftaten
328 Geld verdient wird, wenden wir Maßnahmen wie Vermögensabschöpfung und
329 Beschlagnahmung von mit gewaschenem Geld erworbenen Immobilien konsequent an und

330 statten die Staatsanwaltschaften mit dem dafür benötigten Personal aus. Zur
331 Stärkung des Rechtsstaates wollen wir wie in Berlin einen rund um die Uhr
332 erreichbaren richterlichen Bereitschaftsdienst etwa bei Abschiebungen,
333 Hausdurchsuchungen oder anderen polizeilichen Maßnahmen einrichten.

334 Die Bündelung von Fachkompetenzen in Schwerpunktstaatsanwaltschaften ist ein
335 geeignetes Instrument zur Entlastung und stärkeren Professionalisierung der
336 Strafverfolgung. Nicht in allen Themenbereichen müssen diese jedoch sinnvoll
337 sein. Daher werden wir die bestehenden Staatsanwaltschaften evaluieren und ein
338 Gesamtkonzept für die Schwerpunktstaatsanwaltschaften entwickeln.

339 **Resozialisierung in den Mittelpunkt – Offenen Vollzug stärken**

340 Kernpunkt unserer GRÜNEN Vollzugsstrategie ist die Resozialisierung. Wir setzen
341 einen Fokus auf Maßnahmen, die dazu dienen, ein straffreies Leben nach dem
342 Vollzug zu unterstützen. Neben medizinischer Behandlung, insbesondere von
343 Suchterkrankungen, und Drogenprävention braucht guter Vollzug vielfältige
344 Angebote für ein aktives Gemeinschaftsleben und ein breites Angebot zur Aus-,
345 Fort- und Weiterbildung. Wir GRÜNEN stärken die Nutzung spezifischer digitaler
346 Angebote und Lernplattformen. Den offenen Vollzug für geeignete Inhaftierte
347 bauen wir aus. Er erfüllt wichtige Funktionen bei der Entlassungsvorbereitung
348 und Resozialisierung sowie trägt zur Stabilisierung sozialer und familiärer
349 Beziehungen bei. Um psychosoziale Behandlungserfolge aus dem Justizvollzug zu
350 sichern, bedarf es einer erfolgreichen Anschlussbetreuung. Dazu werden wir
351 Justizvollzug und Bewährungshilfe wieder stärker verzahnen. Dies schützt die
352 Gesellschaft und die Täter*innen davor, rückfällig zu werden.

353 **Attraktiver Arbeitgeber Justiz: Vielfalt in der Justiz stärken**

354 Niedersachsens Justiz steht vor einem Generationenwechsel. Es gilt, auf allen
355 Ebenen qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen. Wichtig ist dabei: Die Justiz muss
356 diverser werden. Jurist*innen mit Migrationshintergrund werden noch zu selten
357 Richter*innen und Staatsanwält*innen. Mit Hilfe von gezielten
358 Personalgewinnungs- und Entwicklungsmaßnahmen machen wir GRÜNEN eine Karriere in
359 der Justiz von der Wachtmeister*in bis zur Gerichtspräsident*in für breitere
360 Bevölkerungsgruppen attraktiv. Auch bei den ehrenamtlichen Richter*innen und
361 Schöff*innen sorgen wir für mehr Diversität und machen Vorbilder sichtbar. Die
362 Besoldung von Justizwachtmeister*innen und Bediensteten im Strafvollzug wollen
363 wir verbessern.

364 Der Zugang zum Richter*innenamt muss von mehr als der Examensnote abhängen.
365 Außer-fachliche Kompetenzen und einschlägige Berufserfahrung werden wir höher
366 gewichten. Wir öffnen neue Karrierewege für Quereinsteiger*innen und bauen
367 Zugangshürden ab. Wir GRÜNEN haben lange für das Referendariat im Teilzeit
368 gekämpft – ab 2023 ermöglicht das Bundesrecht dies nun endlich. Wir schaffen die
369 Rahmenbedingungen dafür, dass dies in Niedersachsen schnell und flächendeckend
370 umgesetzt wird. Innovationen im Jurastudium, wie die Einführung von digitalen
371 Examen, treiben wir voran. Der Pakt für den Rechtsstaat zwischen Bund und
372 Ländern ist ein Erfolgsmodell. Wir beteiligen uns auch zukünftig daran und
373 stellen sicher, dass alle Bereiche der Justiz mit den notwendigen Personal- und
374 Sachmitteln ausgestattet werden. Gute Arbeitsbedingungen in der Justiz haben für
375 uns Priorität. Dazu zählen auch umfassende fachliche und außerfachliche
376 Qualifizierungsangebote. Diese bauen wir aus, beispielsweise in den Bereichen
377 interkulturelle Kompetenz und Diversity, Demokratieförderung und
378 Extremismusprävention. Im Vollzug fehlen schon jetzt viele Fachkräfte. Wir

379 GRÜNEN starten eine groß angelegte Ausbildungsinitiative und machen die
380 vielfältigen beruflichen Möglichkeiten im Vollzug bekannter – denn guter Vollzug
381 braucht gutes Personal.

382 **Prävention und Opferschutz stärken**

383 Jede Straftat, die nicht begangen wird, ist ein Erfolg. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
384 rücken Präventionsmaßnahmen wieder stärker in den Fokus der Innen- und
385 Rechtspolitik, stärken die wichtige Arbeit des Landespräventionsrats und
386 erarbeiten gemeinsam mit Kommunen, Polizei und Zivilgesellschaft eine
387 Gesamtpräventionsstrategie für Niedersachsen.

388 Nach begangenen Straftaten liegt der Fokus häufig auf den Täter*innen –
389 Opferschutz kommt oft zu kurz. Die Opferperspektive muss bei der Durchführung
390 der Strafverfahren stärker berücksichtigt werden. Wir GRÜNEN werden
391 Strafverfahren bei Gewaltdelikten beschleunigen sowie Möglichkeiten zur
392 audiovisuellen Vernehmung von Opferzeug*innen und Fortbildungsangebote für
393 Richter*innen und Staatsanwält*innen ausbauen – z. B. im Bereich kindgerechte
394 Vernehmung. Initiativen, die Betroffene von Straftaten unterstützen, fördern
395 wir. Auch in einem Flächenland wie Niedersachsen muss es möglichst wohnortnahe
396 Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für alle Betroffenen geben. Digitale
397 Angebote können eine gute Ergänzung sein.

398 **Hasskriminalität bekämpfen**

399 Ein besonderer Schwerpunkt liegt für uns in der Bekämpfung von Hasskriminalität
400 – beispielsweise auf Grund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der
401 Religionszugehörigkeit oder rassistischer Zuschreibungen (vgl. In Vielfalt
402 zusammenleben). In den letzten Jahren haben diese Delikte stark zugenommen.
403 Deshalb werden wir GRÜNEN bei der Polizei und Justiz Ressourcen für die Aufnahme
404 und Aufklärung dieser Straftaten ausbauen und beispielsweise die Zentralstelle
405 zur Bekämpfung von Hasskriminalität bei der Staatsanwaltschaft Göttingen
406 stärken. Ein großer Teil von Hasskriminalität findet heute online statt oder
407 wird online vorbereitet. Es geht hierbei etwa um schwerste Beleidigungen bis hin
408 zu Morddrohungen, die digital unter dem Deckmantel der Anonymität geäußert
409 werden, aber auch um die Radikalisierung von Einzelpersonen in Onlineforen und
410 Chatgruppen.

411 Zur wirksamen Bekämpfung von Kriminalität im Internet, die weit über
412 Hasskriminalität hinausgeht, wollen wir daher die Fähigkeiten der
413 Strafverfolgungsbehörden zur digitalen Ermittlung verbessern. Dabei behalten wir
414 die Balance zum Schutz der Grundrechte besonders im Blick – etwa dem Grundrecht
415 auf informationelle Selbstbestimmung oder auf Unverletzlichkeit der Wohnung.

416 **Für eine vielfältige Gesellschaft**

417 **Gemeinsam für eine vielfältige Gesellschaft – gegen Diskriminierung und Hass**

418 Wir erleben jeden Tag, dass Demokratie verteidigt werden muss und
419 demokratiefeindliche Haltungen und Handlungen sich nicht allein durch Bildung
420 und Aufklärung bekämpfen lassen. In Zeiten der gesellschaftlichen
421 Auseinandersetzungen – wie in den vergangenen Jahren um den Umgang mit der
422 Corona-Pandemie – werden menschenfeindliche Denkmuster und Strukturen, die
423 Verachtung gegenüber Minderheiten und der Glaube an Verschwörungsmythen
424 besonders augenfällig. Doch für viele Betroffene waren sie auch vor der Pandemie
425 tagtäglich spürbar. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein entschiedenes

426 staatliches Vorgehen gegen Hass-kriminalität und für klare gesetzliche
427 Regelungen gegen alltägliche Formen der Ausgrenzung.

428 Angetrieben von digitalen Kanälen haben Hassrede und Hasskriminalität in den
429 letzten Jahren merklich zugenommen. Zum Ziel werden oft Angehörige religiöser
430 Minderheiten, People of Color, LSBTIQ oder Menschen mit Behinderung – und
431 zunehmend Personen, die öffentlich für Vielfalt, Demokratie und Toleranz
432 eintreten, wie Bürgermeister*innen und ehrenamtliche Kommunalpolitiker*innen.
433 Wir sagen Hassrede und Hasskriminalität den Kampf an. Wir stärken die Aufklärung
434 und Ahndung von Hass im Netz und schaffen für die Meldung, Anzeige und
435 statistische Erfassung von Hassdelikten zusätzliche Möglichkeiten, die über die
436 bisherigen Formen hinausgehen (vgl. Starker Rechtsstaat). Programme der
437 politischen Bildung gegen Hassrede wollen wir ausweiten und zusätzliche
438 Beratungs- und Unterstützungsangebote für Betroffene schaffen. Außerdem wollen
439 wir den von der Zivilgesellschaft geforderten Aktionsplan gegen Rassismus auf
440 den Weg bringen und den strukturellen Rassismus in unseren Institutionen
441 bekämpfen.

442 Wir schaffen ein Niedersächsisches Antidiskriminierungsgesetz nach dem Vorbild
443 des Berliner Antidiskriminierungsgesetzes, das einen umfassenden Schutz vor
444 Diskriminierung durch öffentliche Einrichtungen des Landes und der Kommunen
445 bietet. Hierdurch schließen wir Rechtsschutzlücken zwischen dem Allgemeinen
446 Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und dem Niedersächsischen
447 Gleichberechtigungsgesetz (NGG). Wir erleichtern es Betroffenen, gegen
448 Diskriminierung vorzugehen und schaffen neue Möglichkeiten der Geltendmachung
449 von Entschädigungs- und Ersatzansprüchen. Zur Durchsetzung der Ansprüche
450 schaffen wir ein Netz aus dezentralen Antidiskriminierungsbeschwerdestellen, die
451 vergleichbar mit Datenschutzbeauftragten die Betroffenen beraten und die
452 Interessen Betroffener gegenüber Behörden vertreten können.

453 **Queeres Leben gehört zu Niedersachsen**

454 Wir treten dafür ein, dass queere sexuelle Orientierungen und geschlechtliche
455 Identitäten als selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft anerkannt und als
456 solche sichtbar werden. Hierzu werden wir GRÜNEN aktiv beitragen. Eine
457 queersensible Arbeitsweise und die Verwendung geschlechtergerechter Sprache
458 machen wir deshalb in den kommenden Jahren in allen Behörden des Landes zum
459 Standard. Wappengesetz und Fahnenerlass wollen wir anpassen, um das Hissen der
460 Regenbogenflagge vor öffentlichen Gebäuden einfacher zu ermöglichen. Wir wirken
461 darauf hin, dass auch für trans*, inter* und nichtbinäre Menschen angst- und
462 diskriminierungsfrei Toiletten in öffentlichen Gebäuden zur Verfügung stehen.
463 Mit dem Niedersächsischen Antidiskriminierungsgesetz verbessern wir den Schutz
464 queerer Menschen vor Diskriminierung.

465 Wir wollen insbesondere im ländlichen Raum ein Netzwerk von Beratungs- und
466 Vernetzungs-strukturen für LSBTIQ-Menschen schaffen und landesweit die Beratung
467 für trans*, inter* und nichtbinäre Personen stärken. Der Zugang soll
468 niedrigschwellig ermöglicht werden, um Hemmschwellen abzubauen. Hasskriminalität
469 gegen queere Menschen bekämpfen wir besser – durch mehr Prävention und eine
470 gezieltere Strafverfolgung. Wir unterstützen queere Jugendverbände und fördern
471 den Aufbau queerspezifischer Kompetenzen in der Jugendarbeit. Sportvereine und -
472 verbände sollen für den Umgang mit queeren Themen sensibilisiert und queere
473 Sportarbeit besser unterstützt werden (vgl. Niedersachsen in Bewegung).

474 An Schulen soll queeres Leben ein selbstverständlicher Teil des Alltags sein –
475 ohne die Erfahrung von Ausgrenzung und Diskriminierung. Die Sensibilisierung für
476 queere Vielfalt wollen wir als Teil der Lehrer*innenaus- und Weiterbildung
477 verankern. Schulen sollen Lehrkräfte als Ansprechpartner*innen für diese Belange
478 benennen und klare Regelungen für den nichtdiskriminierenden Umgang insbesondere
479 mit trans*,inter* und nichtbinären Menschen treffen. Projekte zur Aufklärung
480 über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt an Schulen wollen wir stärker fördern
481 und die Förderung verstetigen (vgl. GRÜNE machen Schule).

482 Wir stärken die bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung queerer Menschen in allen
483 Lebensphasen und wirken auf eine bessere Berücksichtigung der Belange von
484 inter*,trans* und nichtbinären Personen in der medizinischen Ausbildung hin.
485 Wir verbessern die Situation queerer Menschen im Alter, indem wir für ihre
486 besonderen Bedarfe sensibilisieren, ihre Sichtbarkeit stärken und Projekte für
487 ein Altern in Würde fördern.

488 **Weltanschauliche Neutralität des Staates**

489 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen dafür ein, dass niemand aufgrund seiner Religion
490 oder Weltanschauung benachteiligt wird. Getreu den Prinzipien der
491 Religionsfreiheit, der Trennung von Kirche und Staat sowie der Gleichbehandlung
492 der Religionsgemeinschaften treten wir dafür ein, die vielfältigen Beziehungen
493 von Staat und Religionsgemeinschaften zu klären. Wir setzen uns für ein
494 konfessionsneutrales, religionswissenschaftlich fundiertes Pflichtfach Religion
495 und Weltanschauung an niedersächsischen Schulen ein. Es soll unterschiedliche
496 Sichtweisen vermitteln und Vertreter*innen verschiedener Religionsgemeinschaften
497 die Möglichkeit zu einer authentischen Darstellung ihrer Glaubensüberzeugungen
498 geben. Konfessionsschulen wollen wir im Dialog mit den Religionsgemeinschaften
499 in Schulen umwandeln, die Kindern aller Bekenntnisse gleichermaßen offenstehen.

500 Bündnis 90/DIE GRÜNEN streben eine finanzielle und institutionelle Entflechtung
501 von Kirche und Staat und die Ablösung der Staatsleistungen des Landes an die
502 Kirchen an. Bei der Versorgung mit medizinischen und sozialen Einrichtungen wie
503 Kitas, Krankenhäuser oder Pflegeheime muss die Wahlfreiheit zwischen kirchlichen
504 und nicht-kirchlichen Einrichtungen gewährleistet sein. Dies bedeutet auch, dass
505 an einigen Orten ein Angebot an öffentlichen Einrichtungen geschaffen werden
506 muss. Das staatlich verordnete Tanzverbot an bestimmten christlichen Feiertagen
507 wollen wir abschaffen und den Friedhofszwang für Urnenbestattungen
508 liberalisieren. Zugleich setzen wir uns im Sinne der Gleichbehandlung für eine
509 vertragliche Grundlage insbesondere mit den islamischen Religionsgemeinschaften
510 ein, um beispielsweise die Ausbildung von Imamen und muslimischen
511 Religionslehrer*innen an öffentlichen Universitäten zu regeln.

512 **Demokratieförderung und politische Bildung**

513 Das Erstarken des Rechtsextremismus in den vergangenen 50 Jahren und die
514 verschiedenen gefährlichen Strömungen der Demokratieverachtung, die
515 beispielsweise während der Corona-Pandemie zum Vorschein kamen, machen deutlich:
516 Ein lebendige Demokratie, die widerstandsfähig ist gegen Rechtsextremismus,
517 Ressentiments und Verschwörungstheorien, bedarf auch kontinuierlicher Aufklärung
518 und (Bildungs-)Arbeit.

519 Wir schaffen ein Landesdemokratiefördergesetz, um die zivilgesellschaftliche
520 Demokratietarbeit langfristig auf ein solides Fundament zu stellen. Es soll das
521 Demokratiefördergesetz der neuen Bundesregierung ergänzen und die optimale

522 Verzahnung mit Landes- und Bundesförderung zur Stärkung der vielfältigen
523 zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in Niedersachsen sicherstellen. Mit großen
524 und etablierten Einrichtungen ebenso wie mit kleinen Initiativen streben wir
525 eine enge Zusammenarbeit an. Einen Generalverdacht gegen Initiativen, die sich
526 in der Arbeit gegen Rechtsextremismus engagieren, und eine Überprüfung durch den
527 Verfassungsschutz ohne konkreten Anlass lehnen wir ab.

528 Die Arbeit der Landeszentrale für Politische Bildung ist wichtiger denn je. Sie
529 ist Vorreiterin bei der digitalen Demokratiebildung. Damit spielt sie gerade in
530 der aktuellen Situation eine Schlüsselrolle, in der - zum Teil gezielte -
531 Falschinformationen zu einer wesentlichen Gefahr für die öffentliche Debatte
532 geworden sind. Dennoch haben SPD und CDU die Landeszentrale in ihrer wichtigen
533 Funktion nicht gestärkt. Wir GRÜNEN werden in den kommenden Jahren zusätzliche
534 Mittel für die Landeszentrale bereitstellen und ihren Ausbau begleiten. Auch
535 über die Arbeit der Landeszentrale hinaus ist politische Bildung zentraler
536 Bestandteil der Bildungsarbeit. Den anerkannten Träger*innen nach den
537 Niedersächsischen Erwachsenen-bildungsgesetz wollen wir politische Bildung
538 finanziell besser vergüten und die Demokratiebildung an Schulen durch
539 entsprechende Lehrer*innenfortbildungen und begleitende Projekte fördern (vgl.
540 GRÜNE machen Schule).

541 **Demokratie lebt von Beteiligung**

542 Hunderttausende Kinder und Jugendliche haben auf Demonstrationen für einen
543 ernsthaften Klimaschutz mehr demokratische Mitsprache eingefordert und ihre
544 Bereitschaft gezeigt, politische Verantwortung zu übernehmen. Viele politische
545 Entscheidung, die wir heute treffen, werden in höchstem Maße über ihre
546 Zukunftschancen entscheiden. Deshalb wollen wir das Wahlalter bei Kommunal- und
547 Landtagswahlen auf 14 Jahre senken. Hierfür ist im Fall der Landtagswahl eine
548 Änderung der Landesverfassung mit Zweidrittelmehrheit erforderlich.
549 Perspektivisch setzen wir uns dafür ein, dass auch Menschen unter 14 Jahren bei
550 Kommunalwahlen wählen können.

551 Die Chancen direkter Demokratie wollen wir GRÜNEN im Land und in den Kommunen
552 besser nutzen. Oftmals sind es Volks- und Bürger*innenentscheide, die wichtige
553 Veränderungen anstoßen, wo die Politik noch zu zögerlich ist. So war es das –
554 auch von uns GRÜNEN zusammen mit Umweltverbänden vorangetriebene – Volksbegehren
555 Artenvielfalt.Jetzt!, das SPD und CDU dazu gebracht hat, endlich konkrete
556 Schritte für mehr Artenschutz einzuleiten. Deshalb wollen wir die Hürden für
557 zukünftige Volks- und Bürger*innenentscheide senken und die möglichen
558 Themenfelder für Bürger*innenentscheide ausweiten.

559 Transparenz und der Zugang zu Informationen sind wichtige Voraussetzungen für
560 eine effektive öffentliche Kontrolle des Regierungshandelns. Durch die Blockade
561 von SPD und CDU ist Niedersachsen eines der letzten Bundesländer ohne ein
562 Informationsfreiheitsgesetz. Wir werden ein solches Gesetz einführen und so
563 allen Bürger*innen den Zugang zu bei öffentlichen Stellen vorhandenen amtlichen
564 Informationen geben. Darüber hinaus sollen staatliche Stellen grundsätzlich zu
565 einer verbesserten, aktiven Information der Öffentlichkeit über relevante
566 Entwicklungen verpflichtet werden.

567 **3. Gleichstellung und Feminismus**

568 Noch immer beeinflusst das Geschlecht die Chancen, die ein Mensch in seinem
569 Leben erhält. Noch immer erhalten viele Frauen für die gleiche oder

570 gleichwertige Arbeit einen niedrigeren Lohn, eine niedrigere Rente und oft
571 weniger soziale Sicherheit. Noch immer treffen überwiegend Männer politische
572 Entscheidungen in unserer Gesellschaft. Und noch immer werden in vielen
573 Lebensbereichen vor allem die Bedürfnisse von Männern als der „Normalfall“
574 betrachtet. Die tatsächliche Gleichstellung von Frauen, inter* und trans*
575 Personen ist ein Grundstein GRÜNER Politik und durchzieht unsere Programmatik
576 als Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche (Gender Mainstreaming). Dies
577 betrifft die Gesundheitsversorgung, den Zugang zu Verhütung, sicheren
578 Schwangerschaftsabbrüchen und Geburtshilfe, aber auch die Stärkung der
579 finanziellen Unabhängigkeit von Frauen, die Förderung von Frauen in der
580 Wissenschaft, eine feministische Verkehrsplanung sowie die Vereinbarkeit von
581 Familie und Beruf.

582 Wir wollen gesellschaftlich festgefügte Machtstrukturen aufbrechen und kommenden
583 Generationen ein größeres Maß an Freiheit und Selbstbestimmung jenseits
584 überkommener Rollenbilder ermöglichen. Ein Schlüssel hierzu ist die
585 Bildungspolitik. Wir GRÜNEN wollen den kritischen Umgang mit Geschlechterrollen
586 und patriarchalen Machtstrukturen fest im Lehrplan der niedersächsischen Schulen
587 und im schulischen Alltag sowie – altersgerecht aufbereitet – in den Kitas
588 verankern, Lehrmaterialien überarbeiten und pädagogisches Personal entsprechend
589 aus- und fortbilden (vgl. Niedersachsen macht Schule). Gendersensible Erziehung
590 etablieren wir in Kitas und Schulen. Dazu gehört auch die Stärkung einer
591 Konsenskultur und gute Sexualaufklärung. „Nein heißt Nein“ und vor allem „Nur Ja
592 heißt Ja“ sind Grundsätze, die von Beginn an im Zentrum der pädagogischen Arbeit
593 stehen müssen.

594 Bei der Aufstellung des Landeshaushaltes als einem zentralen
595 Steuerungsinstrument wollen wir GRÜNEN Aspekte der Geschlechtergerechtigkeit
596 systematisch berücksichtigen (Gender Budgeting). In einem ersten Schritt lassen
597 wir zwei geeignete Bereiche des Landeshaushaltes durch externe Expert*innen auf
598 Fragen der Geschlechtergerechtigkeit untersuchen, um die breite Einführung des
599 Gender Budgeting vorzubereiten.

600 Im Dialog mit der Ampelkoalition im Bund, der Wirtschaft und den Gewerkschaften
601 setzen wir uns für die wirtschaftliche Gleichstellung von Frauen* ein, die heute
602 immer noch im Durchschnitt weit weniger verdienen und deutlich stärker von
603 (Alters-)Armut betroffen sind als Männer. Wir treten ein für einen
604 existenzsichernden Mindestlohn, die Umwandlung von Minijobs in reguläre
605 Beschäftigungsverhältnisse, einen Ausbau der Kinderbetreuung, eine gerechtere
606 Aufteilung unbezahlter Fürsorge- und Hausarbeit sowie die Ersetzung des
607 Ehegattensplittings für in Zukunft geschlossene Ehen durch den Grundsatz der
608 Einzelveranlagung mit übertragbaren Grundfreibeträgen.

609 **Frei leben ohne Gewalt**

610 Jede dritte Frau in Deutschland erfährt in ihrem Leben Gewalt. Diese Gewalt ist
611 das Produkt einer von sexistischen Strukturen geprägten Gesellschaft, die Frauen
612 abwertet und zum Objekt macht und Männer zu Tätern werden lässt. Sie ist das
613 Produkt von stereotypen Rollenbildern, die unsere Alltagskultur dominieren, die
614 in Film und Fernsehen, in Kinderbüchern und Computerspielen, in vermeintlich
615 harmlosen Sprüchen und sexistischen Witzen transportiert werden. Dieser Kultur
616 der Gewalt sagen wir den Kampf an.

617 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen bedingungslos für die Umsetzung der Istanbul-
618 Konvention zum Schutz von Frauen vor häuslicher und sexualisierter Gewalt.

619 Gewaltschutz wollen wir als ressortübergreifende Aufgabe verankern und eine
620 Gesamtstrategie Frei leben ohne Gewalt zum Gewaltschutz umsetzen. Dabei braucht
621 es durchgängig einen Blick auf die besondere Situation von Migrantinnen, Frauen
622 mit Behinderung, LSBTIQ-, Drogen gebrauchenden Frauen, Frauen in Armut und
623 wohnungs- und obdachlosen Frauen (intersektionale Perspektive). Wir begrüßen die
624 Ankündigung der neuen Bundesregierung, sich verstärkt bei der Finanzierung zu
625 beteiligen. Hohe Priorität haben für uns in diesem Kontext die Schaffung neuer
626 Frauenhausplätze und die Qualitätssicherung in Frauenhäusern durch
627 Mindeststandards bei der Ausstattung, damit jeder Frau in Not angemessen
628 geholfen werden kann, sowie der Ausbau der Beratungsstellen. Zusammen mit den
629 landesweiten Beratungsstellen bilden die Frauenhäuser das Zentrum des
630 Gewaltschutznetzes. Deswegen muss eine auskömmliche Finanzierung gesichert und
631 etwa auch der Aufenthalt von Kindern gewaltbetroffener Frauen angemessen
632 berücksichtigt werden. Durch bessere Beratung wollen wir erreichen, dass Frauen
633 im Anschluss an einen Aufenthalt schnell eine eigene Wohnung finden – etwa indem
634 wir ein Kooperationsmodell mit Vermieter*innen und Wohnungsgenossenschaften
635 unterstützen. Für Frauen in besonders schwierigen Situationen – etwa ohne
636 gesicherten Aufenthaltsstatus – wollen wir auch eine besonders geschützte, zum
637 Beispiel anonyme, Aufnahme ermöglichen.

638 Auch die Beratungsstrukturen wollen wir ausbauen und ihre Finanzierung sichern,
639 damit von Gewalt betroffene und bedrohte Frauen einfacher Zugang zu
640 Hilfsangeboten erhalten. Auch die so wichtige Präventions- und
641 Öffentlichkeitsarbeit der Beratungsstellen muss ausreichend finanziell
642 abgesichert sein. Unser Ziel ist es, dass jede von häuslicher oder
643 sexualisierter Gewalt betroffene Frau weiß, wohin sie sich wenden kann, und dort
644 sicher Hilfe bekommt. Wir wollen die von SPD und CDU gestrichene
645 Koordinierungsstelle der nds. Frauen- und Mädchenberatungsstellen gegen Gewalt
646 wieder und dauerhaft finanzieren. Nachsorgende Maßnahmen, insbesondere
647 Psychotherapieplätze, wollen wir endlich in ausreichendem Maß schaffen (vgl.
648 Gesundheit und Pflege).

649 Wir wollen sowohl die Gewaltprävention als auch die Strafverfolgung von
650 Gewaltdelikten und Hasskriminalität gegen Frauen, queere Menschen, inter* und
651 trans* Personen stärken. Hierzu gehört für uns neben der Sensibilisierung von
652 Polizei und Justiz auch ein Ausbau der Täterarbeit, um Wiederholungstaten zu
653 verhindern. Frauenfeindliche und queerfeindliche Straftaten, insbesondere
654 Femizide, sollen in der polizeilichen Kriminalstatistik gesondert erfasst und so
655 sichtbarer gemacht werden. Besonders von Gewalt betroffen sind Frauen, die
656 beispielsweise als Zwangsprostituierte zu Opfern organisierten Menschenhandels
657 werden. Im Einklang mit den Empfehlungen des Kriminologischen
658 Forschungsinstituts Niedersachsen wollen wir die Spezialisierung und
659 Schwerpunktbildung bei den Gerichten und Strafverfolgungsbehörden voranbringen,
660 um organisierten Menschenhandel effektiver zu bekämpfen und Betroffene besser zu
661 schützen (vgl. Starker Rechtsstaat Niedersachsen). Unterstützungs- und
662 Beratungsangebote für Betroffene (z. B. Ausstiegsprogramme) werden wir
663 langfristig finanziell absichern. Gleichzeitig wenden wir uns gegen die
664 Stigmatisierung von freiwilliger Sexarbeit und setzen uns für eine Verbesserung
665 der Rechte und Versorgung von Sexarbeiter*innen ein.

666 Wir werden die Umsetzung der Empfehlungen der Kommission zur Prävention von
667 sexuellem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen aktiv
668 begleiten und unterstützen. Für alle einschlägigen Einrichtungen des Landes,

669 etwa Geflüchtetenunterkünfte, setzen wir konsequent auf die (Weiter-)Entwicklung
670 von Gewaltschutzkonzepten. Der besonderen Gefährdung von Mädchen und Frauen mit
671 Behinderung wollen wir durch verstärkte Aufklärungskampagnen begegnen.

672 **Die Hälfte der Macht**

673 Noch immer treffen überwiegend Männer zentrale politische Entscheidungen, weil
674 Frauen und andere Geschlechter in den Parlamenten und kommunalen Vertretungen
675 stark unterrepräsentiert sind. Nach der letzten Landtagswahl lag der Anteil der
676 Frauen im Landtag bei lediglich 27 Prozent. Deshalb streben wir eine
677 verfassungsfeste, paritätische Wahlrechtsreform an, um den Anteil von Frauen im
678 Landtag und in den kommunalen Vertretungen zu erhöhen.

679 Im öffentlichen Dienst werden Führungspositionen noch immer viel zu selten mit
680 Frauen besetzt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen das Niedersächsische
681 Gleichberechtigungsgesetz stärken, um dies zu ändern – etwa durch Festlegung
682 eines Mindestanteils weiblicher Führungskräfte und die Verpflichtung, vakante
683 Stellen öffentlich auszuschreiben. Darüber hinaus sollen alle Kommunen, die
684 nicht Mitgliedsgemeinden einer Samtgemeinde sind, eine hauptamtlich arbeitende
685 Gleichstellungsbeauftragte erhalten. Zugleich wollen wir Mindeststandards für
686 die Personalausstattung der Gleichstellungsstellen festlegen, damit angemessene
687 und wirksame Gleichstellungsarbeit auch in Zeiten knapper Kassen gesichert ist.
688 Die Rechtsstellung der Gleichstellungsbeauftragten wollen wir stärken, indem wir
689 für eine Abwahl dieselben hohen Voraussetzungen wie für die Abwahl kommunaler
690 Wahlbeamt*innen festlegen.

691 Auch in wirtschaftlichen Entscheidungspositionen sind Frauen immer noch stark
692 unter-repräsentiert. Deshalb streben wir an, dass in allen Unternehmen mit
693 Landesbeteiligung die Vorstände und Aufsichts- bzw. Verwaltungsräte mindestens
694 zur Hälfte mit Frauen* besetzt werden. Wo das Land selbst Personen in
695 Aufsichtsräte entsendet, werden wir diese Plätze mindestparitätisch besetzen.

696 **Niedersachsens Kultur und Medien: So vielfältig wie unser Land**

697 Kunst und Kultur schaffen Orte der Begegnung, der gesellschaftspolitischen
698 Debatte und lebendiger Demokratie. Sie bieten uns Perspektiven für Gegenwart und
699 Zukunft, schaffen Reflexionsorte für soziale Entwicklungen und sind zugleich
700 Impulsgeber für Neues. Damit können sie gesellschaftliche Prozesse gestalten und
701 haben das Potenzial, Integration und Teilhabe zu fördern. Kunst und Kultur sind
702 elementare Bausteine offener und demokratischer Gesellschaften. Eine lebendige
703 und breite Kulturlandschaft braucht große Theater und Museen genauso wie die
704 freie Kulturszene, Off-Theater, Kinos, Konzerte, Pop-up-Galerien,
705 Soziokulturelle Zentren und sich stetig neu entwickelnde Formate. Die Kulturorte
706 müssen jedoch nicht nur vorgehalten werden – es braucht auch die Künstler*innen
707 und Kulturschaffenden, die mit ihrer Arbeit diese Orte füllen. Niedersachsen hat
708 eine enorme kulturelle und künstlerische Vielfalt – von Tanz und Theater, über
709 den Film, die Literatur, die Musik bis zu den Museen. Diese gilt es zu erhalten
710 und weiterzuentwickeln.

711 Aktuell leidet die Kulturbranche besonders unter den Auswirkungen der Corona-
712 Pandemie. Diese hat zudem ein Schlaglicht darauf geworfen, dass Kultur oftmals
713 unter prekären Bedingungen entsteht. Die Kultur braucht deshalb bessere
714 Rahmenbedingungen: Faire Arbeitsverhältnisse mit auskömmlichen Entgelten,
715 bezahlbare Infrastruktur sowie Vernetzungs- und Beratungsangebote. Deshalb
716 unterstützen wir beispielsweise die Forderung der Theaterschaffenden nach

717 Honoraruntergrenzen bzw. des Bundes Bildender Künstler (BBK) nach angemessenen
718 Ausstellungshonoraren und fairen Ankaufspreisen bei Kunstwerken für den
719 öffentlichen Raum.

720 **Verlässliche Strukturen für künstlerische Arbeit**

721 Um die Vielfalt der Kultur zu sichern, muss das Land verlässlich zur
722 Planungssicherheit für Kulturschaffende und Kulturträger beitragen. Für uns
723 GRÜNE gehört dazu auch die Übernahme von Tarifsteigerungen im Rahmen von
724 institutionellen Förderungen etwa an den Theatern oder die Fortführung der
725 Spielstättenförderung im Bereich der freien Theater. Von der kurzfristigen
726 Projektförderung bis zur langfristigen und dynamisierten institutionellen
727 Förderung: Die Förderverfahren müssen vereinfacht und entbürokratisiert sowie
728 mit verlässlichen und professionellen Informations- und Beratungsstrukturen
729 ergänzt werden. Neben Projektförderungen sind strukturelle und institutionelle
730 Förderungen notwendig, um Kulturangebote kontinuierlich vorhalten zu können. Die
731 aktuellen Förderstrukturen entwickeln wir gemeinsam mit den Kulturfachverbänden
732 sowie den Landschaften und Landschaftsverbänden weiter, damit diese so effektiv
733 und passgenau wie möglich wirken – im Zusammenspiel mit Förderprogrammen des
734 Bundes und kommunaler Förderung. Darüber hinaus brauchen die Kulturfachverbände
735 Verlässlichkeit und Kontinuität, um als stabile Partner*innen ihre Mitglieder zu
736 unterstützen. Wir GRÜNEN stellen sicher, dass Kultur in Zeiten knapper Kassen
737 nicht immer als Erstes auf dem Prüfstand steht und entwickeln eine verlässliche
738 Förderstrategie. Wir wollen eine kohärente und verlässliche Kulturpolitik, die
739 Kulturschaffenden langfristige und verlässliche Perspektiven bietet. Dazu
740 etablieren wir gemeinsam mit den Landeskulturverbänden, den Landschaften und
741 Landschaftsverbänden sowie den Kulturschaffenden eine verbindliche
742 Kulturentwicklungsplanung, die in regelmäßigen Abständen evaluiert und angepasst
743 wird.

744 Gerade in den ländlichen Räumen in Niedersachsen blühen kulturelle Traditionen
745 und Innovationen in einer beachtlichen Vielfalt – vielfach von hohem
746 bürgerschaftlichen Engagement getragen. Kultureinrichtungen und Kulturschaffende
747 sichern mit ihrer Arbeit nicht nur die kulturelle Grundversorgung, sondern sind
748 Diskurs- und Versammlungsorte, Impulsgeber*innen für zukunftsweisende Projekte,
749 Vernetzungsplattform lokaler Akteur*innen und Anlaufpunkte für internationale
750 Künstler*innen. Um die Kulturarbeit vor Ort zu erhalten, zu stärken und
751 weiterzuentwickeln, setzen wir in unserer GRÜNEN Kulturförderstrategie einen
752 Schwerpunkt auf den ländlichen Raum. Kultureinrichtungen und Kulturschaffende
753 wollen wir mit Beratungs-, Schulungs- und Professionalisierungsangeboten sowie
754 dem Auf- und Ausbau von (digitalen) Netzwerkstrukturen und Kooperationen,
755 beispielsweise mit Schulen, Einrichtungen der Erwachsenenbildung und
756 Hochschulen, unterstützen. Neben stabilen und verlässlichen Förderstrukturen
757 brauchen Kunst und Kultur aber auch ganz praktisch genügend Räume. Damit
758 steigende Bodenpreise und Gewerbemieten Kultureinrichtungen wie Kinos und
759 Galerien nicht gefährden, setzen wir uns für die Einführung einer
760 Gewerbemietpreisbremse ein. Wir werden Konzepte kreieren und fördern, die
761 klassische Kultureinrichtungen wie beispielsweise Bibliotheken und Museen zu
762 hybriden Kultur-, Wissens-, Lern- und Kommunikationsorten weiterentwickeln. Dass
763 Clubs als kulturelle Orte anerkannt sind, hilft, sie vor Verdrängung zu
764 schützen. Mit einem Lärmschutzfonds unterstützen wir sie bei der energetischen
765 sowie akustischen Sanierung.

766 **Freiräume schaffen: Digital und analog**

767 Kultur braucht Freiraum. Denn Kultur ist immer in Bewegung und verändert sich.
768 Zudem bedeutet künstlerisches Arbeiten, immer wieder Neues auszuprobieren.
769 Gerade in der Pandemie haben Kunst- und Kulturschaffende ihre Flexibilität und
770 Kreativität bewiesen. Viele Angebote, die Künstler*innen während der Lockdowns
771 entwickelt haben, zeichnen sich durch neue digitale Konzepte aus. Kultur findet
772 aber auch unabhängig davon zunehmend im digitalen Raum statt und neue Genres,
773 die ihren Ursprung in der digitalen Welt haben, gewinnen an Bedeutung. Die
774 Digitalisierung ermöglicht dabei neue Formen der Kommunikation zwischen
775 Kulturakteur*innen und Kulturkonsument*innen. Die kulturelle Partizipation, z.
776 B. durch die Integration von digitalen Inhalten, die von den Nutzer*innen
777 kultureller Angebote geschaffen wurden (user generated content) und der Auf- und
778 Ausbau generationsübergreifender digitaler und hybrider Angebote gehören dazu.
779 Deshalb werden wir GRÜNEN das Investitionsprogramm für kleine
780 Kultureinrichtungen so weiterentwickeln, dass diese die digitalen Möglichkeiten
781 effizient und kreativ nutzen können. Darüber hinaus bringen wir neue
782 Förderprogramme für innovative Konzepte – u. a. auch für Solokünstler*innen –
783 auf den Weg, die an die aktuellen Gegebenheiten und Herausforderungen angepasst
784 sind.

785 Kunst und Kultur sind wichtig für die ökologisch-soziale Modernisierung: Zum
786 einen, indem sie mit großem Einsatz ihren Ressourcenverbrauch reduzieren, zum
787 anderen indem sie immer wieder Impulse für eine nachhaltig agierende
788 Gesellschaft geben. Projekte der neuen Bundesregierung wie die Einrichtung einer
789 Green Culture Desk-Beratungsstelle und eines Green Culture Fonds unterstützen
790 wir GRÜNEN aus Niedersachsen. Wir wollen die Bestrebungen des Bundes und der
791 Kulturstiftungen mit eigenen Förder- und Beratungsangeboten flankieren und sie
792 damit zu einem wichtigen Bestandteil der niedersächsischen Kulturpolitik machen.

793 **Kulturelle Bildung und Teilhabe stärken**

794 Kulturelle Bildung unterstützt Kinder und Jugendliche in ihrer
795 Persönlichkeitsentwicklung. Deshalb brauchen Kinder und Jugendliche unabhängig
796 von Elternhaus und Wohnort barrierearmen Zugang zu Kunst und Kultur. Wir stellen
797 uns der Herausforderung, dies verstärkt in den wachsenden Ganztagsschulbetrieb
798 zu integrieren. Die Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung in Niedersachsen
799 ist hierbei ein zentraler Partner, dessen wichtige Arbeit wir auch weiterhin
800 unterstützen werden.

801 Kulturelle Bildung und Teilhabe zu ermöglichen, steht in der Verantwortung aller
802 Akteur*innen der Kultur. Um den Zugang zu Kultur erleichtern, wollen wir daher
803 Kultureinrichtungen unterstützen, sich weiter für neue Publikumsschichten zu
804 öffnen. Mit Programmen zur Umnutzung (leerstehender) Räume zu „Dritten Orten“,
805 also Orten der Gemeinschaft als Ausgleich zu Beruf und Familie, wollen wir
806 zusätzliche und neue Zugänge zu kultureller Bildung ermöglichen. Kulturelle
807 Vielfalt ist für uns GRÜNE Ausdruck gesellschaftlicher Stärke. In einer pluralen
808 Gesellschaft wollen wir möglichst viele Menschen aus verschiedenen Milieus und
809 Generationen zusammenbringen und transkulturelle Begegnungen fördern. Der Zugang
810 zu Kultur darf nicht von Herkunft, Alter, finanzieller Lage, Behinderung oder
811 Wohnort abhängig sein. Dazu gehören auch barrierefreie Zugänge und Kommunikation
812 in Leichter Sprache.

813 **Erinnerungskultur stärken und weiterentwickeln**

814 Die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen ist grundlegend für unser
815 politisches Selbstverständnis. Rechte Kräfte haben unserer demokratischen

816 Erinnerungskultur und ihren Institutionen längst den Kampf angesagt. Es sind
817 Diskursverschiebungen zu beobachten, die darauf zielen, die Verbrechen des
818 nationalsozialistischen Deutschlands zu relativieren. Es ist daher umso
819 wichtiger, die Erinnerungskultur zu stärken und zeitgemäß weiterzuentwickeln.
820 Wir unterstützen die vielfältigen Formen des Erinnerns in Schulen,
821 Bildungsstätten, Kommunen und Gedenkstätten und fördern ihre notwendige
822 Weiterentwicklung. Da immer weniger Zeitzeugen leben, steigt die Bedeutung von
823 Gedenkstätten und Lernorten an Original(schau)-plätzen. Diese wollen wir
824 besonders stärken.

825 Wir treiben die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in den niedersächsischen
826 Ministerien, Behörden und öffentlichen Einrichtungen nach dem Vorbild mehrerer
827 Bundesministerien voran. Personelle und strukturelle Kontinuitäten in der Zeit
828 nach 1945 sollen überprüft und offengelegt werden. Dazu gehört für uns auch, die
829 zunehmende interkulturelle Vielfalt der Migrationsgesellschaft sowie den
830 Generationenwechsel zur dritten und vierten Nachkriegsgeneration zu
831 berücksichtigen. Ein Ausgangspunkt kann hier die Anerkennung von Leid ganzer
832 Menschengruppen stehen – unabhängig von der eigenen Familiengeschichte. Dazu
833 gehört auch die Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit. Das von uns
834 GRÜNEN initiierte Netzwerk Provenienzforschung, das die Aufarbeitung
835 systematischen Kunstraubs unterstützt und den Museen bei der Klärung der
836 Herkunft von Kunstgegenständen hilft, werden wir weiterentwickeln.

837 **Vielfältige Medienlandschaft**

838 Niedersachsens Medienlandschaft ist vielfältig - Vom überregionalen Rundfunkhaus
839 über die Regionalzeitung bis hin zum lokalen Bürgerradio - alle versorgen Sie
840 die Niedersächs*innen mit guter Information. Grundlage guter Medienangebote sind
841 gut ausgebildete Journalist*innen. Wir GRÜNEN honorieren in der
842 Landesmedienförderung Medienhäuser besonders, die einen Fokus auf die Ausbildung
843 des journalistischen Nachwuchses setzen und auf die Stärkung regionalen und
844 kommunaler Themen in der redaktionellen Arbeit setzen, um gerade vor Ort eine
845 vielfältige Berichterstattung sicherzustellen und der Medienkonzentration
846 entgegenzuwirken. Zudem wollen wir ein Sonderförderprogramm für neue
847 journalistischen Verbreitungsformen und der übergreifenden Zusammenarbeit, wie
848 bspw. Netzwerkplattformen und Rechercheverbänden auf den Weg bringen. Das
849 Bestreben der Ampelregierung im Bund, Rechtssicherheit für gemeinnützigen
850 Journalismus zu schaffen, unterstützen wir aus Niedersachsen heraus und setzen
851 uns für die Aufnahme von Gewinnzweckfreiem Journalismus in den Zweckkatalog der
852 Abgabenordnung ein.

853 Das Landesmediengesetz ändern wir, um die Landesmedienanstalt angemessen
854 auszustatten, aber auch um ausreichend Mittel für die Förderung der Bürgermedien
855 wie den nichtkommerziellen Lokalfunk und das Lokalfernsehen bereitzustellen. Die
856 Filmförderung in Niedersachsen ergänzen wir um eine Förderung für
857 journalistische Reportagen und Dokumentationen und verbessern die Games-
858 Förderung. Ebenso wollen wir unserer Verantwortung nachkommen, das Kulturgut
859 Medien zu erhalten: u. a. durch die verstärkte Digitalisierung und öffentlich
860 zugängliche Archivierung historischer Filme, Reportagen und Printprodukte.

861 **Niedersachsen engagiert sich**

862 **Zivilgesellschaft unterstützen – Bürgerschaftliches Engagement stärken**

863 Eine starke demokratische Gesellschaft braucht Ehrenamtliche. In Niedersachsen
864 engagieren sich rund 3,7 Millionen Menschen freiwillig für das Gemeinwohl: in
865 klassischen Ehrenämtern im Verein oder in Parteien, in Freiwilligendiensten, bei
866 der Feuerwehr, in Bürgerinitiativen. Ob als langjähriges Engagement oder spontan
867 bei einem kurzfristigen Projekt – die Formen des Engagements sind so vielfältig
868 wie die Niedersächs*innen.

869 Wir GRÜNEN verbessern die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement –
870 dazu bringen wir eine Ehrenamtsstrategie auf den Weg. Wir schaffen
871 Unterstützungsstrukturen für zivilgesellschaftliche Initiativen und Vereine, um
872 Menschen aller Altersgruppen und Herkünfte zum Engagement zu motivieren sowie um
873 den Herausforderungen der modernen Formen des Engagements und der
874 Digitalisierung gerecht zu werden. Gerade das Engagement von Menschen mit
875 Migrationsgeschichte werden wir fördern und stärker sichtbar machen.
876 Ehrenamtliches Engagement braucht hauptamtliche Strukturen, wie professionelle
877 Vereinsgeschäftstellen oder Freiwilligenagenturen, die wir verlässlich
878 finanzieren. Neue Modelle wie Förderscouts bringen wir auf den Weg: Sie helfen
879 Engagierten, in der Vielfalt der Förderlandschaft erfolgreich Fördergelder für
880 gemeinwohlorientierte Projekte zu beantragen.

881 Freiwilligendienste bauen wir in allen Bereichen für die verschiedenen
882 Zielgruppen aus. Engagement braucht Wertschätzung – in allen Altersgruppen:
883 Ehrenamtskarten, Fortbildungs-möglichkeiten und vergünstigte Nutzungsangebote
884 für öffentliche Infrastrukturen wie Nahverkehr. Wir GRÜNEN schnüren ein Bündel
885 an Maßnahmen für mehr Anerkennung.

886 **Niedersachsen ist sportlich – Von der Breite bis zur Spitze**

887 Sport stärkt das Wohlbefinden und die Gesundheit des Individuums und den
888 Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Er leistet an vielen Stellen einen wichtigen
889 Beitrag zur Integration und Inklusion. Wir GRÜNEN setzen uns für flächendeckende
890 Sportförderung ein und wollen allen Menschen den Zugang zum Sport ermöglichen.
891 Voraussetzung dafür sind gute Sportstätten in Stadt und Land – vom Stadion bis
892 zum Schwimmbad. Jedes Kind muss die Möglichkeit haben, Schwimmen zu lernen. Wir
893 unterstützen die Kommunen stärker dabei, Sportstätten und Bäder zu erhalten und
894 möglichst barrierefrei auszubauen. Spiel- und Bewegungsförderung sowie
895 Gesundheitsprävention durch Sport sind von Kindesbeinen an wichtig. In der
896 Schule sind tägliche, vielfältige und möglichst inklusive Sportangebote und eine
897 bessere Verankerung im Ganzttag unabdingbar (vgl. Niedersachsen macht Schule).
898 Teilhabemodelle, die das Miteinander behinderter und nichtbehinderter Menschen
899 beim Sport stärken, werden wir im Schul- und Breitensport ausbauen. Kindern und
900 Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien muss die gleichberechtigte
901 Teilnahme am Vereinssport möglich sein.

902 Unser Breitensport ist getragen durch das vielfältige ehrenamtliche Engagement,
903 das wir GRÜNEN stärken wollen. Der Sport hat unter Corona stark gelitten. Neben
904 finanziellen Nothilfen braucht es zukunftsfähige Konzepte, um den Rückgang der
905 Mitgliedszahlen in Vereinen zu stoppen und Engagement wieder attraktiv zu
906 machen. Hierbei möchten wir die Vereine unterstützen. Sport findet aber nicht
907 nur im Verein statt. Es gibt vielfältige Formen des gemeinsamen sportlichen
908 Engagements. Dies muss auch in der Sportförderung sichtbar sein. Neue Formen des
909 gemeinsamen Sportes und neue Sportarten, wie beispielsweise E-Sports, werden
910 zukünftig stärker von der Sportförderung des Landes profitieren.

911 Sportvereine spielen eine wichtige Rolle beim gesellschaftlichen Miteinander.
912 Wir GRÜNEN sprechen uns klar gegen Gewalt und Diskriminierung im Sport aus.
913 Sexismus, Homophobie, Rechtsextremismus und Antisemitismus haben im Sport nichts
914 zu suchen. Sportverbände und -vereine, Fanprojekte und Fanbeauftragte
915 unterstützen wir bei ihrem Einsatz für Vielfalt und Toleranz und in der queeren
916 Sportarbeit (vgl. Queeres Leben gehört zu Niedersachsen).

917 **Niedersachsen in Europa und der Welt**

918 Wichtige Weichen für den Klima- und Umweltschutz sowie die ökologisch-soziale
919 Trans-formation der Wirtschaft werden in Europa gestellt. Wir GRÜNEN bringen uns
920 als starke Stimme aus Niedersachsen für Europa in Brüssel und Berlin ein. Für
921 uns sind die Grundwerte der EU von entscheidender Bedeutung. Wir setzen uns auf
922 allen Ebenen für die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie,
923 Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte ein. Das
924 europäische Recht setzt wichtige Mindeststandards, die wir GRÜNEN konsequent
925 umsetzen. Wir unterstützen in einem fairen Welthandel nur Handelsabkommen, die
926 hohe Sozial- und Umweltstandards umfassen, die transparente Klagerechte
927 ermöglichen und den freien Zugang zur Daseinsvorsorge stärken. Die Ziele für
928 nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs) und die konsequente
929 Umsetzung des Green Deal sind für uns GRÜNE in allen Politikfeldern
930 handlungsleitend.

931 **Europa erfahrbar machen**

932 Wir GRÜNEN bringen Europa nach Niedersachsen. Die Niedersächs*innen sind
933 engagierte Europäer*innen – das soll gefeiert werden: mit einem jährlichen
934 Europafest des Landes und der Regionen, das die Vielfalt des Europaengagements
935 sichtbar macht. Um noch stärker für Europa zu begeistern, stärken wir das
936 Europäische Informationszentrum (EIZ) und die Europaschulen, bauen das
937 Besuchsprogramm für interessierte Bürger*innen der Landesvertretung in Brüssel
938 aus und stärken den europäischen Austausch für Schüler*innen und Auszubildende.
939 Wir treiben die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Regionen insbesondere im
940 Dreiländereck mit den Niederlanden und Nordrhein-Westfalen voran.

941 **Niedersachsens Verantwortung in der Welt**

942 Niedersachsens Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sind global
943 vernetzt. Globales Zusammenwachsen bedeutet für uns GRÜNE, Kooperation in vielen
944 Dimensionen zu denken: Ökologisch, ökonomisch nachhaltig,
945 menschenrechtsorientiert, zivilgesellschaftlich verankert und inklusiv. Das
946 europäische und internationale Engagement des Landes ergänzen wir durch
947 Kooperationen mit weiteren Ländern – insbesondere in Lateinamerika und auf dem
948 afrikanischen Kontinent. Wir schaffen transparente Kriterien für die Auswahl der
949 Partnerländer und die konkreten Kooperationsprojekte.

950 Niedersachsen ist Teil der globalen Verflechtungsgeschichte Europas und
951 Deutschlands. Wir bringen die kritische Auseinandersetzung mit dem gemeinsamen
952 (post-)kolonialen Erbe in Schulen, Ausbildung, Fortbildung und Universitäten
953 voran und arbeiten dieses auf. Die Entwicklungskooperationen des Landes richten
954 wir am Leitbild der Globalen Verantwortung aus der Region aus. Wir evaluieren
955 und aktualisieren die Entwicklungspolitischen Leitlinien. Die Eine-Welt-
956 Promotor*innen und Globales-Lernen-Programme stellen wir langfristig besser auf,
957 bringen eine landesweite Kampagne zum fairen Handel auf den Weg und unterstützen
958 interessierte niedersächsische Kommunen dabei, Fair Trade Town zu werden.